

Datenschutzrechtliche Information für Jagdpächter

1. Informationspflichten nach Artikel 13 EU-DSGVO

Ihre Daten werden bei der Hansestadt Havelberg zum Zwecke der Abwicklung der gewünschten Kommunikation bei der Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen oder zur Vertragserfüllung verarbeitet.

Als Jagdpächter treten Sie in ein vertragliches Verhältnis mit der Hansestadt Havelberg ein. Grundlage für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten ist demnach Art. 6 Abs. 1 lit. b EU-DSGVO.

Neben den nachfolgenden Hinweisen können Sie spezielle Anfragen über die Sie betreffenden Datenverarbeitungen an unseren Datenschutzbeauftragten stellen.

Verantwortlicher (Art. 13 Abs. 1 lit. a EU-DSGVO):

Hansestadt Havelberg
Bürgermeister Bernd Poloski
Markt 1, 39539 Hansestadt Havelberg
039387/765-0, stadt@havelberg.de

Datenschutzbeauftragter (Art. 13 Abs. 1 lit. b EU-DSGVO):

Frau Brandt
Markt 1, 39539 Hansestadt Havelberg
039387/765-48, datenschutz@havelberg.de

2. Verarbeitungen bei der Hansestadt Havelberg

2.1. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. c EU-DSGVO)

2.1.1. Zweck der Verarbeitung

Die Hansestadt verarbeitet personenbezogene Daten zu den folgenden Zwecken:

- Beantwortung von Anfragen potentieller Jagdpächter vor Vertragsabschluss (sog. "vorvertragliche Maßnahmen")
- Verwaltung von Vertragsverhältnissen
- Wild- und Jagdschadenregulierung
- Vorbereitung und Durchführung der jährlichen Revierbegehung
- Sicherstellung des Jagdschutzes und der Tierseuchenbekämpfung
- Sicherstellung des Tierschutzes und der Wildfolge
- Erfüllung gesetzlicher Anzeigepflichten

2.1.2. Verarbeitungsgrundlage

Die Hansestadt Havelberg verarbeitet personenbezogene Daten auf Grundlage von vertraglichen Verhältnissen (Jagdpachtvertrag oder Jagddienstvertrag). Die Verarbeitungsgrundlage ist demnach Art. 6 Abs. 1 lit. b EU-DSGVO. Dazu zählen auch vorvertragliche Maßnahmen, wie von Betroffenen initiierte Kontaktaufnahmen oder Anfragen.

2.2. Empfänger oder Kategorien von Empfängern (Art. 13 Abs. 1 lit. e EU-DSGVO)

Die Hansestadt Havelberg übermittelt personenbezogene Daten an andere Stellen nur insoweit, wie es gesetzlich oder für die Erbringung einer vertraglichen Leistung notwendig ist.

Zu den Empfängern gehören u. a.:

Intern:

- Bürgermeister/in
- Mitglieder des Stadtrates
- Mitglieder betroffener Ausschüsse
- Stadtverwaltung

Extern:

- Banken
- Aufsichts- und Ordnungsbehörden (z. B. untere Jagdbehörde, Polizei)
- Fachbehörden (z. B. untere Forstbehörde, Landwirtschaftsbehörde, Veterinärbehörde)
- Dritte bei Vorliegen berechtigter Ansprüche (z. B. Verkehrsteilnehmer bei Wildunfall)

2.3. Übermittlung an Drittland (Art. 13 Abs. 1 lit. f EU-DSGVO)

Übermittlungen an Drittländer erfolgen grundsätzlich nicht.

2.4. Dauer der Speicherung (Art. 13 Abs. 2 lit. a EU-DSGVO)

Die Daten werden nach Beendigung des Vertragsverhältnisses gelöscht, unter Berücksichtigung der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist.

Für rechnungsrelevante Daten ist dies nach 10 Jahren der Fall (gemäß § 147 (3) AO). Bei externen Anfragen ist dies nach abschließender Beantwortung derselben der Fall. Falls eine Anfrage zu einem Vertragsverhältnis oder einer rechnungsrelevanten Tätigkeit führt, so wird die ursprüngliche Anfrage diesem Vorgang zugeordnet. Dementsprechend gilt dann die Speicherdauer wie für rechnungsrelevante Daten.

2.5. Betroffenenrechte (Art. 13 Abs. 2 lit. b und d EU-DSGVO)

Werden personenbezogene Daten von Ihnen verarbeitet, sind Sie Betroffener i. S. d. EU-DSGVO und es stehen Ihnen bestimmte Rechte gegenüber dem Verantwortlichen zu. Diese werden nachfolgend zusammengefasst dargestellt, die ausführliche Beschreibung ist einsehbar in Kapitel 3 Art. 12-23 EU-DSGVO:

2.5.1. Recht auf Auskunft

Recht auf Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DSGVO).

2.5.2. Recht auf Berichtigung

Recht auf Berichtigung, soweit die betreffenden Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DSGVO).

2.5.3. Recht auf Löschung

Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten. Der Anspruch hängt jedoch u. a. davon ab, ob die betreffenden Daten zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben noch benötigt werden (Art. 17 DSGVO).

2.5.4. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Recht unter den in Art. 18 DSGVO genannten Voraussetzungen eine Einschränkung der Verarbeitung seiner ihn betreffenden Daten zu verlangen, insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt, wenn die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können, oder wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 DSGVO noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.

2.5.5. Recht auf Widerspruch

Recht nach Art. 21 DSGVO jederzeit aus Gründen, die sich aus einer persönlichen, besonderen Situation ergeben, gegen die Verarbeitung der ihn betreffenden Daten Widerspruch einzulegen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht, das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt oder der Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.

2.5.6. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Sachsen-Anhalt, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Landesbeauftragter für den Datenschutz Sachsen-Anhalt
Leiterstraße 9,
39104 Magdeburg

Ich habe die Informationen zum Datenschutz gelesen und erkläre mich damit einverstanden, dass meine Daten im angegebenen Rahmen verwendet werden.

Ort, Datum, Unterschrift

Achtung: Bei einer gemeinschaftlichen Bewerbung werden sämtliche Erklärungen von allen Bewerbern benötigt.